

Bierstädter Zeitung

Amtsblatt — Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags und Samstags
Bezugspreis monatlich 50 Pfg., durch die Post
:: vierteljährlich Mk. 1.50 und Beleggeld. ::

(Umfassend die Ortschaften: Auringen, Breckenheim, Delkenheim,
Diedenbergen, Erbenheim Heßloch, Igstadt, Kloppenheim, Mallenheim,
Medenbach, Naurod, Nordenstahl, Rambach,
Sonnenberg, Wallau, Wildbach.)

Der Anzeigepreis beträgt: für die kleinstmögliche
Pfeilzeile oder deren Raum 20 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen in der
:: : : Postzeitungsliste unter Nr. 1110 a. :: : :

Redaktion und Geschäftsstelle :: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. :: Fernruf: 2027. :: Redaktion, Druck und Verlag von: Heinrich Schulze in Bierstadt

Nr. 142.

Dienstag, den 27. November 1917.

17. Jahrgang.

Die Feinde überall abgewiesen.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 25. Nov. (W.B.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschlacht Kronprinz Rupprecht: In Flandern steigerte sich der Artilleriekampf am Nachmittage zwischen dem Southouster Walde und Sandboorde zu großer Stärke. Ein englischer Vorstoß an der Straße Ypern-Menin scheiterte.

Auf dem Schlachtfelde südwestlich von Cambrai spielten sich heftige, aber nur örtlich begrenzte Kämpfe ab.

Gegen Juchh setzte der Engländer starke Kräfte zu neuen Angriffen ein. Biermal stürmten dicke Infanteriewellen, vergeblich vor. Ihre Verluste waren besonders schwer: im Gegenstoß gewannen unsere Truppen mehrere hundert Meter nach vorwärts Raum.

Nach heftiger Feuerwirkung griff der Feind am Abend Dorf und Wald Bourlon an. Unter dem Schutze von Nebelwolken drang er bis zum Dorfe vor. Die zum Gegenstoß eingesetzten Gardefürkerei warfen in erbittertem nächtlichen Kampfe mit blinder Waffe den Feind in seine Ausgangsstellungen zurück, während holländische Grenadiere am Rande des Waldes jeden feindlichen Vorstoß zum Scheitern brachten.

Nach dem Weggange eines Feindangriffes auf Bantzen erfolgte dort am Nachmittage nur schwächere Teilvorstöße.

Seereschlacht Deutscher Kronprinz: Die Tätigkeit der Franzosen blieb fast auf der ganzen Front reglos. Stärkere Erkundungsabteilungen gingen gegen unsere Linien vor; der Artillerie- und Minenwerferkampf war im besondern nordöstlich von Craonne, in mehreren Abschnitten der Champagne und auf dem östlichen Maasufer gesteigert. Eigene Sturmtruppen brachten von gelungener Unternehmung westlich von Beaumont zahlreiche Gefangene ein.

Seereschlacht Herzog Albrecht: Östlich von St. Mihiel und namentlich im Sundgau verstärktes Artillerie- und Minenfeuer. Im Walde von Apremont und bei Ammergweiler wurden stärkere französische Vorstöße abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz und Mazedonische Front nichts Besonderes.

Italienische Front.

Italienische Angriffe zu beiden Seiten des Brenta-Tales und gegen den Monte Vertica brachen vor unseren Linien zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Österreichischer Kriegsbericht.

Wien, 25. Nov. Amtlich wird verlautbart:

Italienische Angriffe beiderseits der Brenta und gegen den am 2. 11. vom Grazer Schützenregiment Nr. 3 eroberten Monte Vertica zerschlugen an unseren Linien. — Im Osten keine besonderen Ereignisse. Der Chef des Generalstabes.

Das neue Landtagsrecht.

Dem Abgeordnetenhaus gingen am Sonntag drei Gesetzentwürfe zu, denen die überragende politische Bedeutung auch in der Kriegszeit allseitige Beachtung sichert. Der erste Entwurf betrifft

die Wahlen zum Hause der Abgeordneten.

Es wird das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht vorgeschlagen. Vom Reichstagswahlrecht weicht das Wahlrecht nur dadurch ab, daß nur wählen darf, wer drei Jahre die Staatsangehörigkeit besitzt und ferner in der Wahlgemeinde seit einem Jahre Wohnsitz oder Aufenthalt hat. Der Wähler muß das 25. Lebensjahr vollendet haben.

Die Begründung charakterisiert die Vorlage als einen „Akt des Vertrauens der Krone in das Volk, das in den schweren Schicksalen des Krieges seine Reife erwiesen hat“. Dem bisherigen Landtage wird warm versichert, daß er in einem Ansturm einer Welt von Feinden seine Leistungsfähigkeit bewährt hat.

„Aber der Krieg hat die Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit des Volkes in einem Maße in die Erscheinung gebracht und gehoben, daß seine Beteiligung an den Staatsgeschäften nicht an den Leistungen der bisherigen Volksvertretung, sondern an seiner Fähigkeit zu erweiterter Mitarbeit gemessen werden muß.“ „Die Gründe, die in den vergangenen Friedensjahren von der Staatsregierung und großen Parteien gegen das gleiche Wahlrecht geltend gemacht worden sind, sind durch die Lehren und Erfahrungen des Krieges überholt.“ „Das dem Vaterlande geflossene Blut ist größtes unmeßbares Verzeihen. Die preussischen Männer, die es auf dem Felde der Ehre vergossen, haben Zeugnis abgelegt dafür, daß die dem Staate gebrauchten Opfer aller Bürger eines gleichen Wertes sind, daß der Staat auf den Unterschied öffentlicher Geldleistungen künftig Abstraktionen der politischen Rechte nicht mehr

gründen kann. Der gute preussische Grundsatz, daß die Leistung für den Staat den Rechten im Staat das Maß setzen soll, tritt heute dem gleichen Wahlrecht zur Seite.“

Zur Begründung der Wahlrechtsausnahme für die Personen ohne festen Wohnsitz wird ausgeführt: „Es liegt auf der Hand, daß die fluktuierenden Elemente der Bevölkerung dem Staate nicht das gleiche Interesse oder Verständnis entgegenzubringen vermögen, wie der feste Teil, den in viel festerer Weise soziale und wirtschaftliche Bande an den Staat fesseln und an der Wohlfahrt der Allgemeinheit beteiligen. Es erscheint daher gerechtfertigt, daß der Staat die Einwirkung auf seine Entwicklung, wie er sie mit der Uebertragung der Wahlberechtigung einräumt, unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte gestaltet.“

Die dreijährige Frist für neu in den preussischen Staat Ausgenommene wird deshalb für nötig erklärt, weil der neue Staatsbürger bei seiner Aufnahme keine genügende Gewähr dafür gibt, daß er bereits in dem Maße mit den Problemen des preussischen Staatslebens vertraut ist, wie dies für eine verständnisvolle politische Mitarbeit unerlässlich erscheint.

Die Wahlkreiseinteilung

bleibt im Grunde die alte. Nur die Gemeinden, in denen 1903 auf einen Abgeordneten über 250 000 Einwohner kamen, erhalten einen dazu. Diese Abgeordnetenvermehrung tritt bei gleicher Voraussetzung fortan ohne weiteres ein. Diesmal entfällt die Vermehrung auf Essen, Schöneberg-Neukölln, Rattow, Dindenburg, Duisburg-Essen, Bochum-Gerne, Gelsenkirchen, Charlottenburg, Wilmsdorf, Adlon Stadt, Wühlheim-Ruhr, Kiel-Neumünster und Tarnowitz-Beuthen.

Das Oberhaus als Ständekammer.

Die zweite Regierungsvorlage gibt dem Herrenhaus eine neue Zusammensetzung, um seine Einrichtung mit dem Geiste und dem Bedürfnisse der neuen Zeit in vollem Einklang zu bringen. „Gewisse Einseitigkeiten und Schwächen sollen beseitigt“ und das Haus begründet werden „auf die Stände und Berufe, in die das Volk sich im öffentlichen Leben hauptsächlich gliedert“.

Im neuen Herrenhause wird deshalb der Grundbesitz mehr zurücktreten. Der Bauernstand tritt mehr hervor, daneben das industrielle Unternehmertum, die Männer des Handels und der Banken, sowie der Handwerkerstand.

Dem Herrenhause sollen angehören:

1. auf Lebenszeit:
 - 10 Vertreter der ehemals Reichsunmittelbaren
 - 24 Vertreter der Fürsten, Grafen und Herren
 - 26 Vertreter der sonstigen bisher erblich berechtigten Mitglieder und der bevorrechteten Geschlechter
2. auf die Dauer des Amtes oder des Besitzes oder der leitenden Stellung:
 - 36 Bürgermeister
 - 36 Vertreter des alten Großgrundbesitzes
 - 36 Vertreter großer Unternehmungen von Handel und Industrie

3. auf zwölf Jahre:

- 76 Vertreter der Selbstverwaltung (Stadt 36, Land 36, Berlin 3, Hohenzollern 1)
- 84 Vertreter der großen Berufsstände (Landwirtschaft 36, Handel und Industrie 36, Handwerk 12)
- 32 Vertreter von Wissenschaft und Kirche (Hochschulen 16, evangelische Kirche 10, katholische Kirche 6).

Zusammen sind dies 360 Mitglieder. Dazu kann der König noch außer königlichen Prinzen 150 Mitglieder durch sein besonderes Vertrauen auf Lebenszeit berufen. Hierüber heißt es in der Begründung der Vorlage: „Die Grundlage der Ersten Kammer wird noch verbreitert durch die Heranziehung der im Staate und Volke führenden Männer auf den Gebieten, aus den Ständen und Berufen, denen eine gesonderte Sonderberücksichtigung und die ausdrückliche Einräumung eines Rechtes nicht hat zuteil werden können. Es wird eine schöne Aufgabe der Krone sein, auf diesem Wege alle kleinen Ungleichmäßigkeiten und Unbilligkeiten, die aus der naturgemäß immer unvollkommen bleibenden Bestellung der Präsentationsberechtigten sich ergeben müssen, zum Ausgleich zu bringen.“

Daß zu diesen aus dem Vertrauen des Königs zu Berufenen auch Arbeitervertreter gehören sollen, hat der König erst jüngst durch die Berufung des ersten Arbeiters ins Herrenhaus zum Ausdruck gebracht. Ebenso wie für die Arbeiter steht eine Sondervertretung für die Angestellten und die Beamten.

Eine dritte Vorlage regelt das Recht des Herrenhauses für die Fälle, wo es mit dem Abgeordnetenhaus über Regierungsgeldforderung uneinig ist. Es soll dann ein Verständigungsausschuß in die Erscheinung treten.

Der Stand des U-Bootkrieges.

Mit den im Oktober versenkten 674 000 Brutto-Registertonnen übersteigt die Zahl des seit Kriegsbeginn vernichteten feindlichen und im Feindesdienst tätigen neutralen Handelskraftraumes 12,6 Millionen Br.-Reg.-T. Hieran entfallen mehr als 7,6 Millionen Br.-Reg.-T. auf die ersten neun Monate des uneingeschränkten U-Bootkrieges. Man kann sich einen Begriff von der Größe des vernichteten Schiffsraumes machen, wenn man den Schiffsraum der Welt, Segler und Dampfer zusammen, betrachtet, der bei Kriegsausbruch sich auf 49,09 Millionen Br.-Reg.-T. bezifferte. Heute ruht also bereits ein reichliches Viertel desselben auf dem Meeresgrunde. Zum Ausgleich dieser Verluste stehen den Seegnern nur Neubauten und von Neutralen in ihre Dienste gepreßte Schiffsraum zur Verfügung. Was die Neubauten anbetrifft, ist es den Feinden bisher nicht möglich gewesen, die gewaltigen Verluste auch nur annähernd auszugleichen, und alle Hoffnungen, die sie auf die amerikanischen Schiffneubauten setzen, werden ebenfalls keinen auch nur im entferntesten hinreichenden Ausgleich schaffen. Diese Ansicht spiegelt sich in der feindlichen Presse fast täglich wieder. Besonders die Schiffsverkehrsblätter brachten in der Mitte des Monats Oktober Bemerkungen, daß sich über die Schiffneubauten ein auffälliges Schmelzen zeige, und daß die Erwartungen auf die Hilfe der amerikanischen Schiffswerften sich nicht vermindern.

Was die Vermehrung durch Erpressungen Neutralen anbetrifft, so läßt sich diese Schraube auch nur bis zu einem gewissen Punkte anspannen, der, wenn auch nicht ganz erreicht, keine nennenswerte Steigerung mehr erhoffen läßt. Auch das neutrale Ausland hat im Laufe des Oktober diese Tatsachen als richtig einer Reihe von Betrachtungen zugrunde gelegt. Auch die Bewertung unserer und der feindlichen Angaben über die Erfolge des Unterseebootkrieges wird in einer holländischen Zeitung dahin beurteilt, daß die deutschen Angaben über die Erfolge sehr wahrscheinlich richtig, die Angaben der Gegenpartei aber bestimmt falsch und irreführend sind.

Es steht außer allem Zweifel, daß der planmäßig fortgesetzte U-Bootkrieg die Schiffe schneller vernichtet, als unsere Feinde sie mit dem größten Straßenaufgebot zu bauen vermögen.

Im einzelnen sind seit Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges versenkt worden:

Februar	781 500	Raum-Tonnen
März	885 000	"
April	1 091 000	"
Mai	869 000	"
Juni	1 016 000	"
Juli	811 000	"
August	808 000	"
September	672 000	"
Oktober	674 000	"

Neue U-Booterfolge.

Neue U-Booterfolge in der Nordsee: 3 Dampfer und 1 Segler. Von den drei Dampfern wurde einer aus gesichertem Geleitzug herausgeschossen. Der Detonation nach zu urteilen, hatte er Munition geladen. Eines unserer Unterseeboote hatte am 30. Okt. in der Nähe der englischen Ostküste ein Geleitzug mit einer englischen U-Booterfalle in Gestalt eines eisernen Zweimastschunners mit Motor, in dessen Verlauf dem Segler zwei Treffer beigebracht wurden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Staatwerdung Polens.

Der erste Ministerpräsident des neuen Königreichs Polen, Dr. v. Ruzarski, äußerte sich in bemerkenswerter Weise über die Grundlinien der polnischen zukünftigen Politik.

Er versicherte, hinter dem Regentenschatel stehe die ungeheure Mehrheit des polnischen Volkes, und zwar nicht nur im Lande selbst, sondern in der ganzen Welt. Ueber die Bildung des Kabinetts werde zurzeit verhandelt. Mit lebhafter Genugtuung könne er behaupten, daß es an Fachmännern nicht fehle. Da er bis zum Juli d. J. im Auslande weilte, gehöre er keiner Partei an. Dies gebe ihm völlig freie Hand. Bei der Kabinettsbildung würden zwei Gesichtspunkte maßgebend sein. Einerseits werde er in das Kabinett verschiedene Aktivisten berufen (Männer, die den Ausbau des jetzigen Staates energisch fördern wollen), andererseits Männer von hervorragender fachmännischer Bildung. Man stehe vor einer Riesenaufgabe. Das Land sei vernichtet, Ackerbau und Industrie befänden sich in dem bedauernswertesten Zustand. Nur mit Erschütterung könne man heute das Glanz der polnischen Arbeiter betrachten, um so mehr, als diese Arbeiter sich durch Intelligenz auszeichneten und auch

in staatsbürgerlicher Hinsicht hervorragend brauchbares Material darstellten.

Weiter erklärte der Ministerpräsident: „Die Bildung einer polnischen Armee betrachte ich als unsere dringendste Aufgabe und eine Angelegenheit von größter Bedeutung. Ich bin ein Gegner des freiwilligen und Verbundsystems. Wir wollen einen Staat haben wie alle anderen Nationen und auch eine Armee schaffen, wie sie alle anderen Völker besitzen, demnach auf dem Wege der allgemeinen Wehrpflicht. Diese Angelegenheit steht mit an der Spitze des Programms der polnischen Nationalregierung und wird zweifellos erfolgreich gelöst werden, da alle denkenden Polen bereits zu der Überzeugung gelangt sind, daß wir eine nationale Armee besitzen müssen. Die Armee muß national im vollen Sinne des Wortes sein.“

Eine Russenfreundschaft gibt es nicht mehr in Polen. Selbst die, auf die die russische Revolution anfänglich Eindruck gemacht hat, haben sich jetzt angesichts der Anarchie und der völligen Zerrüttung ganz abgewandt und möchten sich von Rußland recht gründlich abgrenzen. Im übrigen wird die Armee eine wirklich polnische sein, und das wird genügen, damit sie der polnischen Regierung gehorcht.“

Allgemeine Kriegsnachrichten.

U-Boote.

Eins unserer Unterseeboote hat im nördlichen Ostmeer neuerdings 5 Dampfer mit 14 000 Brutto-Registertonnen versenkt, darunter die bewaffneten englischen Dampfer „Jillab“ (8788 Tonnen) und „Alberston“ (8125 Tonnen), beide mit Holz von Archangelst nach England, sowie „Baron Balfour“ (3991 Tonnen) mit Grubenholzung, der aus einem Geleitzug herausgeschossen wurde, ferner der bewaffnete russische Dampfer „Jrina“ (2210 Tonnen), mit Lebensmitteln von Archangelst nach Alexandrowel.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Aufnahme des russischen Vorschlages.

Am Donnerstag hielt Trozki in Petersburg eine Rede an die auswärtigen Vertreter des Sowjet.

Die Alliierten hätten die Kundgebungen der Regierung anerkennen müssen, und die Feinde betrachten die Revolution ausschließlich vom Standpunkte, inwiefern Rußland dabei geschwächt würde. Er glaube trotzdem, daß der Krieg bald beendet sein werde. Die Geheimverträge, die die Bolschewiki aufgefunden konnten, würden in einem Gelbbuche veröffentlicht.

Ein Protest der Gesandten.

Die Gesandten der Alliierten protestierten in Petersburg gegen die Waffenstillstandsmaßnahme, die eine Verletzung des von Rußland eingegangenen Londoner Separatfriedensabkommens darstelle. Sie empfehlen die Lösung der schwebenden Fragen durch die kommende gescheiterte Versammlung, oder aber sie würden ihren Regierungen empfehlen, die offiziellen Beziehungen mit der jetzigen Regierung aufzuheben.

Die Geheimverträge.

Am Freitag begannen in Petersburg die Zeitungen der Bolschewiki die Veröffentlichung der Geheimverträge und Dokumente, worunter sich das Tardannenabkommen, die Note über die Finanzkonferenz in Bern und verschiedene geheime Telegramme Tscherschenkos befinden.

Die russische Kriegsfangenzettung „Redjelska“ mittelt, wurde unter den diplomatischen Attentaten in Petersburg ein zwischen der früheren Regierung und Japan geschlossener Geheimvertrag gefunden, nach dem sich Japan verpflichtet, im Falle eines Sonderfriedens nicht gegen Rußland vorzugehen.

Das erste Einheitschiff.

Dabos meldet aus New York, daß der Stapellauf des ersten (1) Einheits-Handelschiffes am nächsten Donnerstag stattfinden werde. Das Schiff werde „Albion“ genannt werden und 8000 Tonnen verdrängen. Es ist ganz aus Stahl gebaut und hat 540 000 Dollars gekostet.

Also glücklich zum Dezember ist es so weit, daß das erste Einheitschiff der Amerikaner vom Stapel laufen soll. Wie war es doch? 2000 Dollars erst, dann 2000 Stahlschiffe sollten im Laufe des verfloffenen Sommers alle Frachtraumnot bannen. Man muß gesehen, daß dieses Programm nicht ganz eingehalten worden ist.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die französische Regierung hat in der Kammer einen Gesetzentwurf über die Musterung und den Ruf der Jahresschiffe 1919 eingebracht.

General Pumer wurde zum Befehlshaber der britischen Truppen in Italien, Generalleutnant Marshall zum Befehlshaber der britischen Truppen in Mesopotamien ernannt.

Politische Rundschau.

1. Der Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten wird unter dem Vorsitz des neuen bayerischen Ministerpräsidenten v. Dandl am kommenden Dienstag in Berlin zusammentreten. Der Anlaß zu dieser Beratung über die politische Lage dürfte in dem russischen Angebot eines Waffenstillstandes zu suchen sein.

2. Gasvergiftung eines Politikers. Aus Barmen wird berichtet, daß dort durch Gasvergiftung der ehemalige Zentrumsabgeordnete Heer und dessen Gattin tödlich verunglückt sind. Das Gas ist einem Gasheizofen entströmt, dessen Hahn nicht vollständig geschlossen war. Die Verstorbenen waren hoch betagt.

3. Die Unternehmung der Soldaten. Die Ersatztruppenteile sind angewiesen, für baldige Rückgabe jeglicher Unternehmung der zum Heeresdienst Einberufenen an ihre Angehörigen zu sorgen, da die Versorgung dieser Personen Sache der Heeresverwaltung ist.

Für Rußland ist der Krieg beendet.

Das Kopenhagener Blatt „Nationaltidende“ berichtet am 20. Nov. abends aus Berlin:

Von zuverlässiger Seite erfahre ich folgendes: Auf indirektem Wege ist hier die Mitteilung eingegangen, daß die russische Regierung antilich erklärt hätte, sie betrachte sich als aus den Reichen der Kriegführenden ausgeschieden.

„Stockholm Tidningen“ zufolge sind nach Stockholm auf diplomatischem Wege, doch nicht an das schwedische Ministerium des Äußern, Nachrichten gelangt, die darauf hindeuten, daß Rußland vor dem Abschluß seiner offiziellen Teilnahme am Kriege stehe.

Der einzige russische Teilnehmer an der Berner Friedenskonferenz, der Schriftsteller Rubakin, erklärte:

Für Rußland ist der Krieg beendet. Die Maximalisten können in erster Linie ihren Sieg der Kriegsmüdigkeit des russischen Volkes verdanken. Wenn es auch den Minimalisten gelingen sollte, mit der Hilfe von Kofasen Lenin zu stürzen, so werden sie dadurch nicht erreichen, daß die Kriegslust der russischen Armeen noch einmal in heller Begeisterung aufflammt.

Ich bin kein Anhänger Lenins, aber ich behaupte, daß kein wahrer Russe glaubt, daß er nicht uneigennützig handelt. Lenin konnte deshalb nur so schnell den Sieg über seine Gegner davontragen, weil er einen sofortigen Friedensschluß als Hauptpunkt seines Programms aufstellte. Keinesfalls wird Lenin auf einen Sonderfrieden eingehen, doch ist er bestrebt, einen Waffenstillstand in die Wege zu leiten, um sämtliche kriegführenden Mächte zu bewegen, sich an den Beratungen zu beteiligen, um über einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen zu verhandeln. Lenin ist der Ansicht, daß die Völker sämtlicher kriegführender Staaten in absehbarer Zeit ihre Regierungen zwingen werden, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Auf die jüngsten Ereignisse in Rußland zurückkommend, meinte Rubakin, wenn es auch Aserenkis oder den Bürgerlichen noch einmal gelingen sollte, in dem Bürgerkrieg, der jetzt in Rußland tobt, die Oberhand zu gewinnen, so werde dieser Zustand doch nur ein provisorischer sein. Durch einen Terror könnte man vielleicht die Soldaten an die Front schicken, aber nach der Ansicht des russischen Delegierten würde dies wieder einen neuen Sieg der deutschen Waffen bedeuten. Rußland muß den jetzt begonnenen Kampf beendigen, möge der Kampf auch lange dauern. Ein föderalistisches glückliches Rußland muß nach diesen bemeuten Reiten entstehen.

Aus aller Welt.

1. Mäuseferien. Der Erfurter Regierungspräsident verfügte wegen der Mäuseplage, daß den Landeuten Knaben zur Verfügung gestellt werden, die zu zwei und zwei hinter den Pflügen hergehen und die aufspringenden Mäuse mit Worten erschlagen sollen.

2. Der Mord in Nadebent aufgefährt. Der Schlosser Steinhausen ist unter dem Vorwande, ein lohnendes Geschäft in Jucker machen zu können, nach der Endstation der Linie 6 (Wilder Mann) gelockt worden. Dort traf er mit dem „Kaufmann“ Stephan Kops zusammen. Dessen Bruder Paul wartete inzwischen mit einem gewissen Robert Bussel in einer Gastwirtschaft in der Nähe. Wahrscheinlich hat dann Bussel den Steinhausen überfallen und erschossen. Die Brüder Kops haben dann die Leiche ausgesperrt. Inzwischen sind die drei Verbrecher in Düsseldorf verhaftet worden.

3. Als Wildschwein verkannt. Erschossen wurde bei Kogasen infolge eines verhängnisvollen Fehlers eine Frau aus Tarnowka. Ein auf Anstand befindlicher Soldat, der Sohn des königlichen Försters Luchacz in Birkenfurt, hielt die Frau, als sie sich in der Dunkelheit Gras von einer Waldwiese holen wollte, für ein Wildschwein und schoß sie nieder.

4. Ein eigenartiges Lutherdenkmal wurde in der Gemeinde Stotternheim bei Erfurt errichtet. Es ist ein Gedensstein, der daran erinnern soll, daß dort der junge Luther durch einen Blitzschlag, der ihn in große Lebensgefahr brachte, veranlaßt wurde, ins Kloster zu gehen. Auf dem drei Meter hohen Granitstein liest man die Worte: Geweihte Erde — Wendepunkt der Reformation — In einem Blitz vom Himmel — wurde hier dem jungen Luther — der Weg gewiesen. Auf der Rückseite des Denkmals steht: Hilf du, Gott Anna, — ich will ein Mönch werden.

Volkswirtschaftliches.

5. Die Herbstbestellung hat sich, so schreibt man aus dem Saalekreise, in diesem Jahre infolge der anfänglichen Trockenheit und Bodenfröste wesentlich verzögert und neigt erst jetzt zum Ende, indem auf größeren Wirtschaften noch gerodete Rübenfelder saatreif hergerichtet und mit Weizen bestellt werden. Im allgemeinen weisen die frühzeitig und auch etwas später bestellten Felder jetzt einen regelmäßigen, vollständigen und kräftigen Saatenstand auf.

Scherz und Ernst.

6. Wie die Amerikaner Kriegsgefangene machen. Wie scherzhaft unsere jüngsten Feinde, die Amerikaner, Krieg führen, ist oft genug in letzter Zeit besprochen worden. Wessen man sich bei ihrer Bornehmtheit zu versehen hat, dafür bringt ein Mitarbeiter ein bezeichnendes kleines Beispiel aus dem letzten Krieg. Den Amerikaner führte, anno 1898, die Spanier. Auf den feindlichen Inseln der Marianen, einer damals spanischen Kolonie in der Südsee, wußte man natürlich noch nichts vom Ausbruch des Krieges. Da erschien vor der Insel Guam ein amerikanisches Kriegsschiff. Der spanische Kommandant hatte nichts Eiligeres zu tun, als den Amerikanern einen Höflichkeitsbesuch abzustatten. Er erlebte die Freude, samt seiner ganzen Mannschaft von den gastfreundlichen Japonesen zum Essen eingeladen zu werden. Das Mahl verlief sehr anregend. Doch als die Gäste gehen wollten, lachte man sie einfach aus: „Ihr seid Kriegsgefangene! Basta!“

Lokales und Provinzielles.

Bierstadt, den 2. November.

* Raubmord. Im benachbarten Wiesbaden wurde am Sonntag früh zwischen 8 und 9 Uhr die in der Faulbrunnstr. 12 wohnende Frau Elise Ehret ermordet aufgefunden. Der Täter scheint mit den Verhältnissen sehr vertraut gewesen zu sein. Frau Ehret, deren Mann tagsüber in Höchst arbeitet, betrieb seit etwa 3 Jahren eine kleine Konditorei. Dem Mörder fielen an 800 Mk. sowie Schmuckfachen in die Hände. In Frage kommt ein großer kräftiger Mann in Feldgrau mit schwarzen Schnurrbart.

* Einen Schwächeanfall erlitt am Samstag früh in der Wilhelmstr. zu Wiesbaden ein älterer Mann anscheinend dem Arbeiterstand angehörend. Auf einer Bank hat ihn der Tod überrascht, eine Brotkruste und die Tabakpfeife neben sich liegend.

* Standesamt. Nach der nunmehr eingeführten durchgehenden Arbeitszeit beim Bürgermeisteramt, hier findet die Sprechstunde des Standesbeamten auf Zimmer 3 von 1—2 Uhr statt.

Wiesbadener Theater.

Königliches Theater.

Mittwoch, 28. Ab. 8. Die toten Augen. 7 1/2 Uhr.

Donnerstag, 29. Heimat. 7 Uhr.

Residenz-Theater, Wiesbaden.

Mittwoch, 28. 3 1/2 Uhr. Turandot. 7 Uhr.

Donnerstag, 29. Der Raub der Sabinerinnen. 7 Uhr.

Kurhaus Wiesbaden.

Konzerte in der Kochbrunnenanlage täglich an Wochentagen 11, Sonn- und Feiertags 11 1/2 Uhr.

Mittwoch, 28. 4 Uhr. Abonn.-Konz. des Kurorch.

Donnerstag, 28. 4 und 8 Uhr. Abonn.-Konzert des Kurorch.

Bekanntmachungen.

In den hies. Geschäften kommt heute 1 Marmelade marktfrei zum Verkauf.

Bierstadt, den 27. November.

Der Bürgermeister. Hofmann.

Auf Grund des § 8 der Verordnung über den Handel mit Gänsen vom 3. Juli 1917 und der von dem Preuss. Staatskommissar für Volksernährung unterm 5. Nov. er. erteilten Ermächtigung wird für den Landkreis Wiesbaden verordnet:

§ 1. Die Ausfuhr von Gänsen aus dem Landkreis Wiesbaden ist verboten.

Ausnahmen von diesem Verbot sind mit Genehmigung des Kreisausschusses zulässig.

§ 2. Wer diesen Vorschriften zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 1 Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 22. November 1917.

Der Kreisausschuss des Landkreises Wiesbaden,

von Heimburg.

Daß Verfügung des Kreiswirtschaftsausschusses sind die Wirtschaftsausschüsse verpflichtet, für die restlose Einbringung der Herbstsaat und die richtige Vorbereitung zur Frühjahrspflanzung zu sorgen. Demzufolge werden hiermit sämtliche hies. Grundstücksbesitzer und Pächter aufgefordert, das Erforderliche baldmöglichst auszuführen. Jeder Fuhrwerkbesitzer ist verpflichtet, dementsprechende Arbeiten gespannter Betriebe gegen ortsübliche Vergütung auszuführen. Sollte es wider Erwarten Einzelnen nicht gelingen, die erforderlichen Hilfskräfte zu erlangen, wollen dieselben dies umgehend unter Angabe der Lage und Größe der Grundstücke und der erforderlichen Arbeiten sowie unter Namhaftmachung derjenigen Fuhrhalter, welche Hilfeleistung verweigert haben, schriftlich dem Wirtschaftsausschuss melden, welcher dann das Weitere veranlassen wird.

Bierstadt den 27. November 1917.

Der Wirtschaftsausschuss.

Festsaal Frankfurter Hof Mainz.

Art Oberammergauer Passionsfestspiele.

Leitung und Mitwirkung der berühmten Christus- und Judasdarsteller Ad. u. Gg. Jasmacht aus Bayern sowie hervorragender Passionsdarsteller darunter Hr. Stadler aus Oberammergau. 200 Mitwirkende. Der Chor besteht aus 100 Damen und Herren Mainzer Gesangsvereine.

Auf eigener dazu erbauter großer Festspielbühne.

Spieldate vom 25. Nov. bis 9. Dez. je abends 7 1/2 Uhr.

Außerdem am 25. Nov. 1. 2. 5. 8. Dez. je nachmittags 3 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr.

Preise: 4.— 3.— 2.— 1.50 l.— ohne städt. Willeststeuer. Nach Schluß der Aufführung Anschluß der Züge nach allen Richtungen.

Vorverkauf vom 23. Nov. ab an der Tageskasse Frankfurter Hof von 10—1 Uhr und 3—5 Uhr, sowie eine Stunde vor Beginn an der Hauptkasse.

Geschäftsstelle der Passionsfestspiele Frankfurter Hof Mainz.